

**Analyse**

## Russlands glanzlose Bilanz bei der Bekämpfung des Klimawandels

Von Samuel Charap, Washington DC

### Zusammenfassung

Russlands Präsident Dmitrij Medwedew hat Reden über den Klimawandel gehalten, die ähnlich wie die seiner westlichen Kollegen klingen. Trotz Medwedews Ruf zur Tat nimmt Russland in Klimafragen allerdings keine führende Rolle ein. Vielmehr hat es sich entweder passiv verhalten oder das Thema in internationalen Gesprächen als Verhandlungsmasse benutzt. In Russland selber hat bisher weder eine erhebliche Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen stattgefunden noch wurde ein Programm zur Anpassung an den Klimawandel entwickelt.

### Wohlklingende Reden

Präsident Dmitrij Medwedew hielt am 18. Februar 2010 vor einem Treffen mehrerer Minister und führender Berater eine vorbereitete und für einen führenden russischen Offiziellen höchst unübliche Rede zum Klimawandel. Nur zwei Monate zuvor war aus den Klimagesprächen in Kopenhagen ein Dokument hervorgegangen, das hinter den Erwartungen zurückgeblieben war, und viele Beobachter sahen das Thema Klimawandel schon weit unten auf der Prioritätenliste der internationalen Politik. Russland tat anscheinend das gleiche. Die Haltung der russischen Führung zur globalen Erwärmung hatte sich bis dahin zwischen Leugnung und Instrumentalisierung zur Stärkung der eigenen Rolle in internationalen Angelegenheiten bewegt. Dennoch präsentierte Medwedew im Gegensatz sowohl zu seinen vorherigen Äußerungen als auch zu seinem Vorgänger, dem derzeitigen Ministerpräsidenten Wladimir Putin, Grundzüge der russischen Klimapolitik, die dem Ansatz westeuropäischer Länder erstaunlich ähnlich sind:

»[Das enttäuschende Ergebnis von Kopenhagen] ist kein Grund, sich zurückzulehnen und nichts zu tun, denn wir sind für den Zustand unseres Planeten verantwortlich (...) Wir müssen heute entscheiden, wie wir das bisher Erreichte so effektiv wie möglich einsetzen können (...) und die besten Wege finden, um weniger entwickelte Länder bei der Bekämpfung der Klimabedrohungen zu unterstützen. Das neue Klimaabkommen stellt eine echte Chance für die massenhafte Einführung energiesparender und ausstoßarmer Technologie dar... Wir werden unsere Energieeffizienz verbessern und unsere Emissionen reduzieren, unabhängig davon, ob es ein internationales Abkommen gibt oder nicht. Das liegt in unserem eigenen Interesse, sowohl in ökonomischer als auch in ökologischer Hinsicht.«

Medwedew hielt die versammelten Offiziellen zur Schaffung neuer Anreize für den privaten Sektor an, damit dieser eine aktive Rolle in Bezug auf den Klima-

wandel spiele und rief in diesem Zusammenhang dazu auf, die Klimadoktrin der Regierung, eine politische Rahmenvereinbarung, die er Ende 2009 unterzeichnet hatte, gegenwärtigen Entwicklungen anzupassen und sie so zu einem »lebendigen Dokument« statt zur »heiligen Kuh« zu machen. Einen Monat später wiederholte er diese Positionen in einer Rede vor dem Sicherheitsrat, einer Institution, die aus Russlands wichtigsten Entscheidungsträgern besteht.

Medwedew hielt daran fest, dass der Klimawandel ein reales Phänomen sei, die globale Erwärmung Russlands Zukunft gefährde, Russland in der Verantwortung stehe, ihr sowohl im eigenen Land als auch auf internationaler Ebene zu begegnen, dass ein solches Vorgehen ökonomisch rentabel sei und dass alte politische Handlungsmodelle geändert werden müssten, um überhaupt Fortschritte erzielen zu können – wie etwa das Regulierungsprimat in Bezug auf die Wirtschaft oder Papiertiger-Vertragsdokumente, die kurz nach ihrer Veröffentlichung schon irrelevant würden. Die Rede ist zum einen deswegen bemerkenswert, da mit ihr eine russische Führungsperson diese Argumentation tatsächlich zum ersten Mal konsequent ausgeführt hat und zum anderen ist sie gleichzeitig erstaunlich, da sie der gegenwärtigen Realität des russischen Umgangs mit dem Klimawandel, die man wohlmeinend als glanzlos bezeichnen könnte, vollkommen zuwiderläuft. Medwedew ist in der Tat für seine großen, nach vorne gerichteten Reden bekannt geworden, von denen die meisten fantastisch klingen, und die im Allgemeinen wenig substantielle Veränderungen bewirken.

Im Folgenden soll gezeigt werden, dass Medwedews Aussagen von wissenschaftlichen und ökonomischen Daten tatsächlich unterstützt werden. Es zeigt sich jedoch auch, dass Russland an der Erfüllung seiner proklamierten Ziele entweder gescheitert ist oder mit ihrer Realisierung gerade erst begonnen hat. Trotz Medwedews Aufruf zum Handeln hat Russland in Kli-

mafragen keine führende Rolle eingenommen; es hat sich vielmehr entweder passiv verhalten oder das Thema in internationalen Gesprächen instrumentalisiert. Bisher wurde kein ernsthaftes Programm zur Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emission oder zum Umgang mit den Folgen des Klimawandels eingeführt.

### **Russland und der Klimawandel**

Russland war und ist für einen großen Teil aller menschlich bedingten Kohlenstoffemissionen in die Atmosphäre verantwortlich. Heute ist Russland der drittgrößte Emittent von CO<sub>2</sub>, nach den Vereinigten Staaten und China. Noch wichtiger ist, dass Russlands Pro-Kopf-Emissionen vor dem Beginn der Wirtschaftskrise angestiegen sind und Schätzungen zufolge bis 2030 das US-Niveau erreicht haben werden. Russlands dritte Position ist umso bemerkenswerter, als seine Emissionen zwischen 1990 und 1998 – wegen des durch den Wirtschaftsabschwung nach dem Ende der sowjetischen Planwirtschaft verursachten dramatischen Einbruch des Energieverbrauchs und industrieller Produktion – um 40 % zurückgegangen sind. 2007 waren die russischen Emissionen erst wieder auf 66 % des Niveaus von 1990 angestiegen.

Russland ist nicht nur einer der Hauptverursacher der globalen Erwärmung; es ist durch die verursachten Folgen auch besonders verwundbar. Die Temperaturen steigen in Russland schneller als im Weltdurchschnitt. 2008 veröffentlichte der Russische Bundesdienst für Hydrometeorologie und Umweltbeobachtung (Rosgidromet) einen umfangreichen Bericht, aus dem hervorging, dass die Wintertemperaturen in Sibirien in den letzten 120 bis 150 Jahren um zwei bis drei Grad Celsius gestiegen sind, während die durchschnittliche globale Temperatur im gleichen Zeitraum nur um 0,7 Grad zunahm. Rosgidromets Berechnungen zeigen, dass die globale Erwärmung Russland in weit höherem Maße betreffen wird als die meisten anderen Länder.

Entgegen dem in der Gesellschaft weit verbreiteten Glauben, Russland könne wegen seiner kalten Temperaturen von der globalen Erwärmung profitieren, stellt der Klimawandel laut Weltbank eine »enorme Bedrohung für Russland« dar und wird sich dort ökonomisch wie sozial entscheidend negativ auswirken, von den potentiell verheerenden Folgen auf sein Ökosystem ganz zu schweigen. Schon jetzt erlebt Russland zunehmend mehr Hochwasser, Stürme, Hitzewellen, Waldbrände und Auftauen von Dauerfrostböden. In Jakutsk haben wegen der Schmelze von Dauerfrost eingestürzte Böden die Standsicherheit mehrerer großer Wohngebäude, eines Kraftwerks und einer Landebahn des lokalen Flugha-

fens beschädigt. In den 1990er Jahren stieg die Gesamtmenge der dort durch unregelmäßige Bodenabsenkung geschädigten Strukturen im Vergleich zum vorangegangenen Jahrzehnt um 61 %. Extreme Vorkommnisse wie Schneeschmelze und wärmere Temperaturen haben einen beträchtlichen Verlust an Bäumen sowie Erosion verursacht. Solche Phänomene werden sich mit steigenden Temperaturen weiter verbreiten. In Regionen mit unzeitigem Permafrost (über 60 % des russischen Territoriums) besteht ein besonders hohes Risiko; aufgrund des großen Aufkommens von Öl- und Gasinfrastruktur in diesen Regionen wird das Schmelzen soziale und wirtschaftliche Folgen haben – 93 % der Erdgas- und 75 % der Ölproduktion finden in Dauerfrostzonen statt.

In der Tat stellt der Klimawandel eine direkte Bedrohung für den Energiesektor dar, der in der Wirtschaft eine entscheidende Rolle spielt. Der größte Teil der Infrastruktur in den Förderregionen wurde auf Pfählen gebaut, die Dauerfrostböden als Fundament verwenden, so dass ihre Stabilität davon abhängt, dass der Dauerfrost nicht schmilzt. Bereits 2007 wurden im Zusammenhang mit der Schmelze von Dauerfrost und Bodenerosion in Westsibirien über 7.400 Unfälle gemeldet, bis zu 1,8 Mrd. US-Dollar werden jährlich wegen Unfällen und für den Unterhalt der Pipelines ausgegeben. Insgesamt könnte der Klimawandel laut dem Minister für Natürliche Ressourcen Juri Trutnew eine Reduzierung des BIP von bis zu 5 % verursachen, während die Kosten für die Bewältigung extremer Wettersituationen auf bis zu 2 Mrd. US-Dollar jährlich steigen könnten. Auch die öffentliche Gesundheit könnte in Mitleidenschaft gezogen werden, da die Schmelze von Dauerfrost eine Bedrohung der Wasserversorgung und der Kanalisationssysteme darstellt. Eine Abschwächung des Dauerfrosts auf Nowaja Semlja, wo sich mehrere Lagerstätten von radioaktivem Abfall befinden, könnte katastrophale Folgen haben.

Die globale Erwärmung könnte auch einige potentielle Vorteile für Russland mit sich bringen. Im Energiebereich werden zum Beispiel Offshore-Produktion und -Transport von der Reduzierung der arktischen Eisfläche, die die Schifffahrtssaison verlängern wird, wahrscheinlich profitieren. Es ist aber fraglich, ob diese Vorteile die Kosten aufwiegen, die durch die Dauerfrostschmelze entstehen. Es wird behauptet, auch die russische Landwirtschaft profitierte von wärmeren Temperaturen. Allerdings deuten Studien, die auf überaus detaillierten Modellen basieren darauf hin, dass die globale Erwärmung sich auf diesen Bereich insgesamt nicht positiv auswirken wird. Die russische Landwirtschaft ist zudem äußerst ineffizient und leidet an niedriger

Produktivität, so dass sie kaum in der Lage sein wird, aus potentiellen Erträgen auch wirklich einen Vorteil zu ziehen.

### Russlands Rolle in der internationalen Klimapolitik

Trotz der zentralen Rolle Russlands sowohl als Verursacher als auch als Betroffener und trotz seiner Verwundbarkeit durch steigende Temperaturen hat Moskau beim Aufbau eines internationalen Klimaregimes häufig eine passive Rolle eingenommen und Verpflichtungen vermieden, die eine Reduzierung der eigenen Emissionen erzwingen würden. Russlands größtes Zugeständnis – die Ratifizierung des Kyoto Protokolls, als seine Unterschrift für dessen Inkrafttreten notwendig war – war hauptsächlich politischen Faktoren geschuldet und machte keine bedeutenden Veränderungen in der eigenen Politik nötig.

Russland hat zu den internationalen Bemühungen zur Kontrolle der Emissionen auch durch den schmerzlichen Wirtschaftsabschwung nach eigener Aussage »beigetragen«, den es in den 1990er Jahren erlebt hat und in dessen Folge die Emissionen sanken. So wäre es beispielsweise unmöglich gewesen, das quantitative Ziel der Annex I Länder, die Emissionen bis 2000 auf das Niveau von 1990 zu reduzieren, das das von Russland 1995 ratifizierte Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC) vorsah, ohne die gesunkenen russischen Emission in diesem Zeitraum zu erreichen.

Das Kyoto-Protokoll zum UNFCCC, das bereits im Dezember 1997 verabschiedet worden war, das jedoch erst in Kraft trat, als Moskau es im Februar 2005 ratifizierte, sieht rechtlich bindende Verpflichtungen für die entwickelten Länder und einige Schwellenländer vor, darunter auch Russland; diese müssen ihre Emissionen bis 2012 an ein vereinbartes Niveau angleichen, dessen Höhe relativ zum Niveau ihrer Emissionen von 1990 bestimmt wird. Anstatt seine Emissionen unter dieses Niveau zu senken, erklärte Russland sich nur dazu bereit, das Niveau von 1990 nicht zu überschreiten. Aufgrund des postsowjetischen Rückgangs der russischen Emissionen werden diese den Stand von 1990 frühestens 2020 wieder erreichen, ohne dass dafür zusätzliche Anstrengungen notwendig sind. Im Dezember 2009 befand sich Russland 40 % unter diesem Niveau.

Moskaus Teilnahme am Kyoto-Prozess bedeutete also keinerlei zusätzliche Anstrengungen, um die dort eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen. Darüber hinaus konnte Russland Milliarden Dollar durch die verschiedenen flexiblen Mechanismen gewinnen, die

das Protokoll vorsah, wie etwa den Verkauf von Emissionsgutschriften. Dennoch hielt Russland seine Zustimmung sieben Jahre lang zurück.

Das Protokoll hätte ohne die Ratifizierung durch 55 Länder, die mindestens 55 % der weltweiten Kohlenstoffemissionen auf sich vereinigen, nicht in Kraft treten können. Als die erste Runde der Verpflichtung bekannt gegeben wurde, waren zwar genug Länder zur Ratifizierung des Vertrags bereit, ihre Emissionen beließen sich aber nicht auf den Anteil der weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen, der für den Beschluss nötig war. Da die Vereinigten Staaten erklärt hatten, nicht beizutreten, war Russlands Teilnahme zum Erreichen des Ziels notwendig. Mit anderen Worten: Angesichts Russlands Anteil an der globalen Erwärmung als drittgrößter Emittent war die Zustimmung letztlich für das Inkrafttreten des Vertrags entscheidend.

Russlands Entscheidung, das Protokoll zu ratifizieren, wird häufig als Beweis für seine produktive Rolle und seinen Beitrag zu den internationalen Bemühungen zur Kontrolle der globalen Erwärmung angeführt. Moskaus Motive waren jedoch kaum altruistisch. Tatsächlich wird allgemein angenommen, dass die Europäische Union Wladimir Putin im Gegenzug zu dessen Einwilligung in die Unterzeichnung des Kyoto-Protokolls gewisse Zugeständnisse in den Verhandlungen über das bilaterale WTO-Beitrittsprotokoll garantierte – die letztlich auf die Zustimmung der EU zur russischen WTO-Mitgliedschaft hinausliefen.

Seit 2008 verhandelt die internationale Gemeinschaft über ein Folgeabkommen für das Kyoto-Protokoll, das einen längerfristigen Rahmen für die internationalen Bemühungen zur Bekämpfung des Klimawandels darstellen sollte. Russlands Verhalten während dieser Phase hat deutlich gemacht, dass es durch seine Teilnahme am Kyoto-Prozess nicht zu einem Protagonisten bei der internationalen Bekämpfung des Klimawandels geworden war. In seiner Vorlage bei der UNFCCC zur Posener Vertragsstaatenkonferenz im Dezember 2008 bezeichnete Russland das Ziel einer 25- bis 40prozentigen Reduzierung im Vergleich zum 1990er-Niveau bis 2020 als »unvernünftig« und behauptete, rechtlich bindende Verpflichtungen müssten als »nicht erzwingbar, nicht sanktionierbar und zudem als flexibel« gewertet werden.

Im Juni 2009 gab Präsident Medwedew Russlands Post-Kyoto-Ziel bekannt, das er um 10 bis 15 % unter dem Niveau von 1990 ansiedelte. Das als ehrgeizig zu bezeichnen, wäre übertrieben: Es bedeutet de facto ein mögliches Wachstum der Emissionen von 30 bis 35 % im Vergleich zum Niveau von 2007 und damit eine

Beschleunigung des jährlichen Emissionswachstums. Auch die Erhöhung der Zusage auf eine Reduzierung um 20 bis 25 %, die Medwedew im Dezember 2009 machte, ist noch nicht so ehrgeizig wie sie sein könnte; unabhängige Studien haben gezeigt, dass eine Reduzierung um mindestens 30 % möglich ist. Laut dem russischen Wissenschaftler Georgi Safonow impliziert die von Medwedew gemachte Vorgabe einer 40prozentigen Reduzierung der Energieintensität bis 2020 eine größere Emissionsreduzierung als er im Rahmen der Klimagesprache zuzugestehen bereit scheint.

Die letzten multilateralen Treffen zeigen, dass Russland größtenteils ein passiver Teilnehmer an der internationalen Klimapolitik ist. Bei Treffen der Vertragsparteien des UNFCCC und anderen Klimaversammlungen, wie etwa dem Major Economies Forum (MEF), tut sich Russland vor allem durch sein Schweigen hervor. Seine Vertreter sind keine aktiven Teilnehmer, geschweige denn Wortführer in den Gesprächen. Ihre Haltung wurde von einem der führenden Klimaexperten der Regierung recht treffend zusammengefasst: »Die Lösung der Verhandlungen über den Klimawandel liegt bei den USA und China.« Russland begnügt sich mit anderen Worten damit, am Rand zu sitzen und zu warten, bis die anderen eine Vereinbarung treffen, um dann über die eigene Teilnahme zu entscheiden.

Auf der einen Seite mag das eine wohlüberlegte Strategie sein: Während die anderen Hauptemittenten debattieren und nach einem Kompromiss suchen, hat Russland völlige Manövrierfreiheit. Es kann mit einem strikten Emissionsreduzierungsziel einverstanden sein oder nicht; der Notwendigkeit, Anpassungen in den am wenigsten entwickelten Ländern zu finanzieren, zustimmen oder sie ablehnen; Flexibilitätsinstrumente akzeptieren oder ihre Anwendung weiterhin vermeiden. Auf der anderen Seite mögen rein bürokratische und politische Faktoren am Werk sein: Ohne ein deutliches Signal aus der politischen Führungsetage, dass ein ehrgeiziger Vertrag Priorität hat, ist es sehr unwahrscheinlich, dass die russischen Vertreter bei den Klimaverhandlungen auf eigene Faust die Initiative ergreifen werden. Wie es in Russland sprichwörtlich heißt: Eigeninitiative ist strafbar.

Russlands Verhalten auf der 15. Konferenz der Vertragsparteien (COP-15), die im Dezember 2009 in Kopenhagen stattfand, stellte eine kleine aber doch wichtige Abkehr von diesem Trend dar. Ziel des Treffens in Kopenhagen war es unter anderem, eine rechtlich bindende Vereinbarung über die weitere Reduzierung der Emissionen von Treibhausgasen und ein Arrangement zur Finanzierung der Anpassung und

Eindämmung in Entwicklungsländern zu schaffen sowie Mechanismen internationaler Kooperation bei der Emissionsreduzierung zu entwickeln. Russlands Position unter den COP-15 war angesichts seines Beitrags zur globalen Erwärmung und wegen seines Status als Kyoto-Unterzeichnerland bedeutend. Zudem hätte es, wenn es einen Ausgleich für die enorme Menge der unter Kyoto angesammelten Emissionsgutschriften gefordert hätte, ein Abkommen torpedieren oder zumindest einen funktionierenden CO<sub>2</sub>-Markt unmöglich machen können.

In Kopenhagen veränderte sich allerdings das Engagement der russischen Führung in Sachen Klimawandel. Präsident Medwedew nahm nicht nur teil, sondern stellte ein Video zu dem Thema in den Eingangsbereich seines Blogs. Er hielt auch eine große Rede auf der Konferenz. In seiner Ansprache erklärte er, dass »Russland bereit ist, in all diesen Prozessen die aktivste Rolle zu übernehmen [sic]. Wir erkennen unseren Teil der Verantwortung an und machen ihn zum Leitfaden unserer Bemühungen.« Eine solche Rhetorik kennzeichnet eine Abkehr von seinem Vorgänger. Es ist schwer sich vorzustellen, dass Ministerpräsident Putin eine derartige Rede hielt.

Letztendlich unterschrieb Russland die so genannte Übereinkunft von Kopenhagen auf der COP-15-Konferenz, spielte jedoch bei seiner Formulierung entsprechend dem oben beschriebenen Prinzip keine prägende Rolle. Einen Durchbruch gab es jedoch in Kopenhagen: Russland sagte die Bereitstellung von Mitteln für den Copenhagen Green Climate Fund zu, der Anpassungs- und Eindämmungsaktivitäten in weniger entwickelten Ländern finanzieren wird. Bisher hatte Russland sich stets geweigert, an solchen Unterstützungsprojekten teilzunehmen.

Am 1. Februar 2010 reichte Russland seine Pläne zur Reduzierung des Ausstoßes von Treibhausgasen, wie sie die Übereinkunft von Kopenhagen vorsieht, ein. Dies war jedoch ein Schritt zurück: Russland verpflichtet sich zu einer Reduzierung von 10 bis 15 % unter das Niveau von 1990, die den 20 bis 25 % gegenüberstehen, die Medwedew weniger als zwei Monate vorher angekündigt hat.

Die Verpflichtung war an die Teilnahme aller großen Emittenten an einer rechtlich bindenden Vereinbarung gebunden sowie daran, dass der Absorptions-Effekt der russischen Wälder bei der Berechnung der gesamten Emissionen des Landes berücksichtigt wird. Letztere Forderung ist zu einer zentralen Priorität der internationalen russischen Klimapolitik geworden. Durchschnittlich nehmen die russischen Wälder etwa 300 Millionen

Tonnen CO<sub>2</sub> jährlich auf. Russland ist nun dafür, Ländern zu erlauben, aus der Forstwirtschaft stammende Emissionen nicht zu zählen, bis dieser Sektor zur Nettoemissionsquelle wird und favorisiert Berechnungsmethoden, die das »Verstecken« erwarteter gesteigerter Emissionen im Forstbereich ermöglichen. Es scheinen, mit anderen Worten, neben anderen auch wirtschaftliche Motive am Werk zu sein.

Trotz des gestiegenen Engagements in Kopenhagen macht Russlands recht unambitionierte Zielvorgabe deutlich, dass das Land sich in Klimafragen nach wie vor oft passiv verhält. Es unterstreicht weiterhin, dass die russische Klimapolitik nach wie vor auf der Ansicht gründet, dass wegen der durch den postsowjetischen Wirtschaftsabschwung gesunkenen Emissionen bereits ein »Beitrag« zu den globalen Bemühungen um die Kontrolle des Klimawandels geleistet sei. Die drastischen sozialen Auswirkungen des wirtschaftlichen Abschwungs, also der »Beitrag«, werden als »Opfer« der russischen Bevölkerung im Kampf gegen die globale Erwärmung angesehen. Entsprechend sind führende russische Politiker der Ansicht, ihr Land habe das Recht, gegenüber einer Emissionsreduzierung, die sie als Bedrohung für wirtschaftliches Wachstum ansehen, eine ablehnende Haltung einzunehmen.

### Klimapolitik zu Hause

Russland verfolgt keine eigenständige Klimapolitik. Die Regierung geht stattdessen davon aus, dass der Treibhausgasausstoß als Begleiterscheinung politischer Entscheidungen und Maßnahmen im Energiesektor, in der Industrie, der kommunalen Wärmeversorgung, der Forstwirtschaft und anderen Bereichen sinken wird. Nachrangige Auswirkungen anderer Programme und Maßnahmen sind demnach Russlands höchste Annäherung an eine »Klimapolitik«.

Deshalb machte Präsident Medwedew in Sachen Klimapolitik einen Riesenschritt nach vorne, als er im Dezember 2009 am Vorabend seiner Abreise nach Kopenhagen die Russische Klimadoktrin unterzeichnete. Diese Doktrin stellt den ersten Versuch einer Institutionalisierung der Klimapolitik dar. Sie erkennt unter anderem die negativen Auswirkungen des Klimawandels an, konstatiert die Notwendigkeit, die Konsequenzen wirtschaftlicher, sozialer und anderer politischer Entscheidungen für das Klima zu berücksichtigen und legt Eindämmungs- und Anpassungsmaßnahmen dar, die den potentiell durch Dauerfrostschmelze, kollabierende Infrastruktur und sich von Süden Richtung Norden verbreitende Krankheiten entstehenden Schaden begrenzen könnten.

Dennoch ist die Doktrin kein angemessener Rahmen zur Gestaltung der Politik. Sie legt keine konkreten Eindämmungs- und Anpassungsziele fest, auch keine Mechanismen zur Umsetzung und keinen Rahmen für die internationale Kooperation. Das Dokument legt außerdem weit mehr Wert auf Anpassung als auf Eindämmung. Kristin Jørgensen von der Bellona Foundation nannte die Doktrin einen »Aufruf, in Deckung zu gehen«. Die Doktrin betreibt zu weiten Teilen Augenschere, indem sie nämlich den Anschein erweckt, die russische Regierung würde sich wirklich um den Klimawandel kümmern, ohne dabei jedoch ein Programm zu entwerfen, das sich als echter und ernsthafter Versuch erweist, ihm zu begegnen. In diesem Sinne gab Medwedew beim Treffen des Sicherheitsrats im März 2010 eine Anweisung an die Regierung, derzufolge »ein Maßnahmenpaket zur Umsetzung [der Klimadoktrin bis zum 1. Oktober 2010] verabschiedet« und »die entsprechenden notwendigen Gesetze und Regularien verfasst werden« sollen. Es wird sich zeigen, ob das Kabinett diese Aufgabe ernst nimmt.

### Die Politik des Klimawandels

Wie dargestellt, hatte Klimapolitik keinen hohen Stellenwert für die russische Regierung. Russland zeigte keine Neigung, internationale Klimagespräche einzuleiten und hat auch im eigenen Land keine bedeutenden Schritte unternommen, um den Klimawandel einzudämmen oder seinen Auswirkungen zu begegnen. Diese Haltung könnte auf die andauernde Skepsis der Eliten bezüglich der anthropogenen Natur des Klimawandels und bezüglich der Schädlichkeit der globalen Erwärmung für Russland zurückzuführen sein. 2003 machte der damalige Präsident Putin die berühmte geistreiche Bemerkung, »für ein nördliches Land wie Russland wäre es gar nicht schlecht, wenn es zwei oder drei Grad wärmer würde,« da »wir weniger für Pelzmäntel ausgeben müssten« und »unsere Getreideproduktion zunehmen würde.« Jüngste Aussagen, wie der Kommentar von Sergej Mironow, dem Sprecher des Föderationsrats, der oberen Parlamentskammer, dass »die Bedeutung der Treibhausgasemissionen auf das Klima noch nicht ausreichend erforscht wurde«, und das Kyoto-Protokoll daher wenig Bedeutung habe, zeigen, dass diese Einschätzungen nach wie vor vorhanden sind, auch wenn sich der Ton in der oberen Führungsetage verändert hat. (Mironow behauptete außerdem, es sei ein Prozess globaler Abkühlung im Gange und zitierte die Gemälde der niederländischen Meister von strahlenden Landschaften als Beweis dafür.)

Klimaskeptizismus ist in der russischen Gesellschaft und auch in gewissen Teilen der russischen Wissenschaft in der Tat weit verbreitet und entsprechend verschafften sich die Skeptiker in den Wochen vor und während der COP-15-Konferenz teilweise auch Gehör. Anfang November 2009 sendete der staatliche russische Kanal 1 eine Dokumentation mit dem Titel »Eine Geschichte der Täuschung: die globale Erwärmung«, deren Ziel es war, zu zeigen, dass der Zusammenhang zwischen menschlichen Aktivitäten und dem Klimawandel durch eine Verschwörung der Medien produziert wurde. Der Hauptteil einer Dezemberausgabe des renommierten politischen Magazins *Komersant-Wlast* widmete sich dem Klimaskeptizismus, wobei ein Artikel behauptete, es handle sich bei den Bemühungen, dem Klimawandel zu begegnen, in Wirklichkeit um einen Deckmantel für die Subventionierung eigener Wirtschaftsinteressen, der von Wissenschaftlern, alternativen Energieunternehmen und korrupten Entwicklungsländern geschaf-

fen werde. In der Woche vor der COP-15-Konferenz veröffentlichte das Institut für Ozeanographie der Russischen Akademie der Wissenschaften einen Bericht, demzufolge menschliches Handeln kein hauptsächlich auslösender Faktor des Klimawandels ist, während der Direktor des Forschungsinstituts des Energieministeriums die globale Erwärmung der Verlangsamung der Erdrotation zuschrieb.

Vielleicht ist es eine Folge dieser Paukenschläge der Pseudowissenschaft, dass nur 40 % der Russen den Klimawandel für ein ernstzunehmendes Thema halten, im Vergleich etwa zu 70 % der Türken. Außerdem gibt es gegenüber ökologischen Problemen eine chronische Ignoranz im Land. Angesichts des mangelnden öffentlichen Drucks und der Dominanz des Klimaskeptizismus kostet es den Kreml politisch nichts, den Klimawandel weiterhin als wenig relevantes Thema zu behandeln.

*Übersetzung aus dem Englischen: Sophie Hellgardt*

#### *Über den Autor*

**Samuel Charap** ist Fellow beim Programm für Nationale Sicherheit und Internationale Politik am Center for American Progress.

Der vorliegende Beitrag zieht Material aus einem Kapitel heran, das der Autor gemeinsam mit Georgi Safonow für Anders Åslund, Sergei Guriev und Andrew Kutchins (Hrsg.), *Russia after the Global Economic Crisis* (Washington: Peterson Institute for International Economics and the Center for Strategic and International Studies, 2010, noch unveröffentlicht) geschrieben hat.

#### *Lesetipps: Dokumente zum Thema*

- Anisimov, Oleg, ed., *Osnownye prirodnye i sozialno-ekonomitscheskie posledstwija ismenenija klimata v raionach rasprostraneniya mnogoletnemerslych porod: prognos na osnowe sintesa nabljudenij i modelirowanija* [The Main Environmental and Socio-Economic Consequences of Climate Change in Regions with Widespread Permafrost: A Prognosis Based on a Synthesis of Observation and Modeling] (evaluation report, Greenpeace Russia, November 2009), [www.greenpeace.org](http://www.greenpeace.org).
- Climate Doctrine of the Russian Federation, <http://eng.kremlin.ru>
- Cline, William R., *Global Warming and Agriculture: Impact Estimates by Country* (Washington: Petersen Institute for International Economics, 2007), 59.
- Medwedew, Dmitrij, Opening remarks at Meeting on Climate Change, February 18, 2010, <http://eng.kremlin.ru> (heruntergeladen am 20.02.2010).
- UNFCCC, Quantified Economy-Wide Emissions Targets for 2020 for Annex I Parties, <http://unfccc.int>.
- World Bank, *Adapting to Climate Change in Europe and Central Asia* (Washington, June 2009), [www.worldbank.org](http://www.worldbank.org).
- World Wildlife Foundation Russia, *Climate Change Impacts in the Russian Arctic: Searching for Ways for Adaptation*, 2009, [www.wwf.ru](http://www.wwf.ru)